

Wirtschaft und Politik

Nato stellt sich auf magere Jahre ein

Generalsekretär Rasmussen kündigt Einsparungen und Strukturreformen an. Zu Guttenberg wirbt für Paradigmenwechsel.

Eric Bonse Brüssel Vor einer Woche warnte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen noch vor Einsparungen im Verteidigungssektor. Das Wirtschaftswachstum hänge von einem "sicheren internationalen Umfeld" ab, Kürzungen könnten zu Instabilität führen, sagte der Däne. Doch nun hat Rasmussen selbst vor dem Sparzwang kapituliert: Bis zu 1,5 Mrd. Euro sollen in den nächsten fünf Jahren im Nato-Militärhaushalt eingespart werden, teilte er gestern überraschend mit.

Und das ist erst der Anfang. Wenn sich die Nato-Verteidigungsminister am Donnerstag in Brüssel treffen, geht es ans Eingemachte. Dann steht nicht nur das Nato-Budget zur Diskussion, das mit jährlich rund zwei Mrd. Euro gerade einmal 0,34 Prozent der Militärausgaben der 28 Alliierten ausmacht. Vielmehr will Rasmussen auch brisante Fragen wie eine Straffung der Kommandostruktur oder eine Zusammenlegung von Agenturen ansprechen, die sich etwa mit der Ersatzteilbeschaffung befassen.

Drastischer Personalabbau.

Die 14 Agenturen mit einem Gesamtbudget von sieben Mrd. Euro sollen auf drei reduziert werden, heißt es in Brüsseler Nato-Kreisen. Außerdem kursieren in Brüssel Pläne, die derzeit elf Militärhauptquartiere auf fünf zu verringern. Damit könnte ein Personalabbau von 13 500 auf 7500 Mitarbeiter einhergehen, sagte ein Nato-Diplomat. Außerdem müssten einige Nato-Mitglieder auf "ihr" Hauptquartier verzichten. "Das wird uns noch über Jahre beschäftigen", seufzt der Experte.

Luxemburg und die Türkei haben bereits Widerstand angemeldet und bestehen auf einem "geografischen Fußabdruck" der Nato in ihrem Land. Dagegen hat Deutschland Sparwillen bekundet. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) sprach sich sogar für einen "Paradigmenwechsel" im Bündnis aus. Sicherheit um jeden Preis könne es nicht mehr geben, vielmehr müsse sich die Nato künftig auf das Wesentliche beschränken.

Bisher besteht nicht einmal Konsens darüber, was das Bündnis eigentlich leisten soll. Ein Anfang Mai vorgelegter Entwurf für eine neue Militärstrategie ist umstritten; erst beim Nato-Gipfel im November in Lissabon wird eine Einigung erwartet. Dann sollen auch die Weichen für Strukturreformen gestellt werden. "Ich bin ganz zuversichtlich, dass wir eine weitreichende Reform erreichen", sagte Rasmussen. Schon jetzt sei klar, dass die Zahl der Ausschüsse in der Nato "erheblich verringert" werde. Tiefe Schnitte sind jedoch umstritten, nicht zuletzt bei der Nato-Vormacht USA. Denn die Amerikaner wollen eine Reform vermeiden, bei der sie am Ende allein für alles aufkommen.